

«MILIZ-SCHWEIZ – ODER: DIE BÜRGER MACHEN DEN STAAT»

Bern, 21. Juni 2019

Impuls-Referat von Oliver Zimmer, ordentlicher Professor für Moderne Geschichte an der University of Oxford, am «Tag der Versicherer» 2019 im Kursaal in Bern.

Es gilt das gesprochene Wort.

Herzlichen Dank für die Einladung zum «Tag der Versicherer».

Ganz herzlichen Dank, Herr Dörig, für die freundliche Einführung.

Sie haben mir zu Beginn Ihrer Rede ein Stichwort geliefert, das ich aufnehmen möchte.

Ich meine das «Beten für die EU», das mein Berufskollege Thomas Maissen den Schweizerinnen und Schweizern ans Herz gelegt hat. Inhaltlich passt das Stichwort des Betens ausgezeichnet zu unserem heutigen Thema, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens spielen heutzutage Vokabeln aus dem religiösen Heilsrepertoire wieder eine wichtige Rolle – auch in der Europapolitik. Denken Sie etwa an Donald Tusks Bemerkung, die Hölle halte für die Brexiteers einen besonderen Platz bereit: «A special place in hell», wie er es in seinem holprigen Englisch nannte.

Das war ein Scherz, werden Sie jetzt vielleicht sagen. Ich musste auch schmunzeln, als der EU-Ratspräsident vor laufenden Kameras den Teufel an die Wand malte. Und doch folgt die Wahl der Metaphern nicht dem Gesetz der Beliebigkeit. Wer über die künftigen Insassen der Hölle Bescheid weiss, muss sich dem Herrscher über Himmel und Erde sehr nahe wissen. Kein Teufel ohne Gott.

Das «Beten für die EU» passt noch aus einem weiteren Grund zu unserem Thema. Es betrifft die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union. Diese Beziehungen sollten in einer Debatte über die Miliz-Schweiz einen thematischen Fluchtpunkt bilden. Alles andere käme mir etwas gar verklemmt vor. Dass manche Politiker dazu neigen, den EU-Elefanten im Nebenraum stehen zu lassen, ist mir bekannt. Und natürlich verstehe ich dieses Hausverbot durchaus. So hat halt jeder Beruf neben vielen Vor- auch ein paar Nachteile. In meinem Beruf muss man Elefanten aber mögen. Sonst wird es schnell langweilig.

Noch eine Bemerkung in eigener Sache, dann lege ich los:

Ich bin – im Gegensatz zu vielen der heute hier Anwesenden – kein Experte für Fragen des Milizsystems im engeren Sinne. Mein fester Wohnsitz in der Miliz-Schweiz liegt weit über zwanzig Jahre zurück. Der heutige

Anlass ist für mich deshalb auch eine Gelegenheit, mein Wissen zu diesem wichtigen Thema im Gespräch mit Fachleuten zu vertiefen.

Und gleichzeitig ist dieses Thema staatspolitisch viel zu wichtig, als dass man es den Politikern und Experten überlassen sollte. Auch kann es ja kaum schaden, wenn man sich hier und da eine Aussenperspektive einholt. Als Amateur in Sachen Miliz-Schweiz geht es mir darum, die Bedeutung des Milizsystems vor einem breiten thematischen Horizont zu beleuchten. Ich habe mich mit der Entstehung von Nationalstaaten wie mit der Entwicklung liberaler und demokratischer Bewegungen und Ideologien beschäftigt. Diese Themen sind für unsere Frage relevant. Und dasselbe gilt für meine gegenwärtigen Arbeiten zu Fragen der Beschleunigung; zur Entstehung des modernen Zeitbewusstseins; oder zur Rolle des geschichtsphilosophischen Denkens im modernen Liberalismus.

Die Ausgangsfrage ist zweifellos gegeben: Worum geht es eigentlich beim Milizsystem?

Laut Gerhard Schwarz geht es dabei um den «republikanischen Grundgedanken, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur wählen und abstimmen können». Sie haben auch die Möglichkeit, «im weitesten Sinne exekutive Verantwortung im Gemeinwesen, im Staat zu übernehmen». Und bis zu einem gewissen Grad erwartet man das auch von ihnen. Andreas Müller spricht von der «Verwirklichung des Ideals aktiver Bürgerbeteiligung».

Zugespißt könnte man sagen: **Im Milizsystem machen die Bürger** – im Dialog mit den Berufspolitikern und Experten aus Wissenschaft und Verwaltung – **den Staat**. Dadurch wird das Leben, auch das alltägliche, in einem hohen Masse politisiert: nicht im Sinne von Parteipolitik; eher im Sinne der Erhebung der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit zu einem politischen Machtfaktor. Das ist – zumal in dem Masse, wie es in der Schweiz geschieht – ungewöhnlich.

Republik kommt von *Res Publica*. Das Milizsystem nimmt die Republik gewissermassen beim Wort.

Das Besondere am Milizsystem ist die **enge Verzahnung von Zivilgesellschaft und Staat**. Die **Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und Staat** sind hier deutlich flüssiger als in Gesellschaften, wo das staatliche Leben stark professionalisiert ist. In der Schweiz sind zivilgesellschaftliche Akteure an der Konstruktion des Staates beteiligt. Die Maxime, wonach die Bürger den Staat machen, ist hier mehr als nur Rhetorik.

In Ländern, wo die Macht bei den Berufspolitikern und der Verwaltung liegt, sind die Linien zwischen Zivilgesellschaft und Staat dagegen klarer gezogen. Man könnte auch sagen: Der Staat hat dort die Zivilgesellschaft, inklusive der Medien, besser im Griff. Politische Konflikte sind dort seltener als im politisierten Bürgerstaat à la Suisse. Dafür gehen sie, wenn es dazu kommt, umso tiefer.

In der wissenschaftlichen Diskussion zum Milizsystem spielt neben der Zivilgesellschaft noch ein zweiter Begriff eine wichtige Rolle. Es handelt sich um den Begriff des sozialen Kapitals.

Geht es bei der Zivilgesellschaft um die zwischen Individuum und Staat vermittelnde Öffentlichkeit, so geht es beim Sozialkapital um vertrauensstiftende soziale Beziehungen. Erfolgreiche liberale Staaten gründen auf einer starken, mit reichlich sozialem Kapital ausgestatteten Zivilgesellschaft. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Zivilgesellschaft und soziales Vertrauen wachsen und sterben gemeinsam.

Der Politologe Markus Freitag hat gezeigt, dass das Milizsystem das soziale Kapital erhöht. Das heisst: Es fördert die Entstehung von sozialen Netzwerken und damit das soziale Vertrauen. Vertrauen wirkt kooperationsfördernd und senkt die Koordinations- und Transaktionskosten. Freitag schreibt dazu: «Ein hoher Bestand an sozialem Vertrauen erleichtert demnach den Abschluss von Verträgen, weil nicht alle Einzelheiten geregelt werden müssen.»

Auch die Volkswirtschaft profitiert vom Milizsystem. Laut dem Ökonomen Bruno S. Frey befinden sich «Demokratien mit einer direkten Mitwirkung bei politischen Entscheidungen» gegenüber «rein repräsentativen Demokratien» wirtschaftlich im Vorteil. Die stärker direktdemokratisch verfassten Kantone der Schweiz weisen im Durchschnitt «ein höheres Pro-Kopf-Einkommen» aus «als diejenigen mit geringeren Beteiligungsmöglichkeiten des Volkes».

Nicht nur sind Staatsquote und Bürokratie in der Miliz-Demokratie etwas niedriger als in rein repräsentativen Systemen. Ihre Bürger sind zufriedener. Sie sind zufriedener als Menschen, die alle vier oder fünf Jahre ein neues Parlament und eine neue Regierung wählen, um sich danach wieder in den Passivdienst abmelden zu dürfen. Zufriedener sind sie deshalb, weil sie einander mehr vertrauen.

Laut Markus Freitag und seinen Mitautoren hat das Milizsystem noch eine Reihe weiterer Vorteile. So begünstigt eine hohe Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit im Milizsystem eine tiefe Arbeitslosenquote. Auch geht hohe formelle Freiwilligkeit mit einer vergleichsweise tiefen Quote bei der staatlichen Altersvorsorge einher. Freitags dritter Befund betrifft die direkte Demokratie: Sie wirkt sich positiv auf das freiwillige Engagement der Schweizer in Vereinen aus. Freitag bezeichnet sie deshalb als «eine zentrale Stellschraube zur Förderung» der Zivilgesellschaft in der Schweiz.

Und gleichzeitig steht das Milizsystem seit einiger Zeit stark unter Druck. Herr Dörig hat einige der zentralen Druckpunkte bereits angesprochen: Professionalisierung und Individualisierung der Gesellschaft; Zentralisierung des Staates; Ausdehnung des Staatssektors in die Privatwirtschaft. Auch das Zurückdrängen direktdemokratischer Mitbestimmung bildet einen Druckpunkt.

In manchen Wirtschaftsbranchen scheint das Verständnis für Milizarbeit abgenommen zu haben. Wer seinen Job behalten oder seine Karriere im Auge hat, mag eine Mitarbeit in der Schulpflege oder im Gemeinderat als riskant betrachten. Wirtschaftsverbände sehen das direktdemokratische Mitspracherecht mehr und mehr als Unsicherheitsfaktor in den Wirtschaftsverhandlungen mit der EU.

Markus Freitag diagnostiziert «ernsthafte Anzeichen eines Niedergangs der Schweizer Zivilgesellschaft». Dieser Trend zeigt sich auch in einem Rückgang der Vereinsbildung und in einer Untervertretung der Jugend in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Gemeinden haben heute oft Mühe, qualifizierte Interessenten für Exekutiv- und Kommissionsämter zu gewinnen. In manchen Gemeinden müssen sich die Gemeinderäte aus Mangel an Konkurrenz keiner Wahl stellen. Und was das Bundesparlament anbelangt: Dieses ist heute faktisch weitgehend ein Berufsparlament.

Bedeutet diese Entwicklungen, dass das Milizsystem seinen Zenit überschritten hat? Ein solcher Schluss wäre voreilig. Mehr noch: Er wäre gefährlich.

Mein Hauptargument lautet: Ein Land, das seine Bürger über die aktive Teilnahme am Staatsaufbau in den Zustand der Mündigkeit versetzt, hat auch im Zeitalter der Globalisierung viele Stärken aufzuweisen. Ich möchte vier solche Stärken hervorheben.

Die erste besteht in einer **systemskeptischen Grundhaltung**. Systemskepsis ist ja nichts Negatives: im Gegenteil. Eine lebendige Demokratie lebt von kritischen Bürgern.

Vielleicht ist das ja der tiefere Sinn jener politischen Kultur, die man etwas gar abstrakt das Milizsystem nennt: die Einsicht, dass der Staat seine Existenz keinem System verdankt – keinem System und schon gar keiner Theorie. Er verdankt seine Existenz vielmehr dem Dialog zwischen Menschen aus verschiedenen Lebensbereichen. Mit Dialog ist gemeint: zivilisierter, an Regeln gebundener Streit.

Etwas pointiert ausgedrückt: Staatliches Leben entsteht nicht im voll klimatisierten Seminarraum, sondern in der öffentlichen Auseinandersetzung vor Ort. Der Staat wird hier nicht als Gesamtkunstwerk begriffen. Der Staat erscheint hier als «work in progress».

Mit anderen Worten: Das Milizsystem basiert auf der Einsicht, dass es das perfekte System und den perfekten Staat nicht gibt: dass es diese in einer freiheitlichen Gesellschaft niemals geben kann. Und weil das so ist, machen wir, unvollkommen, wie wir nun einmal sind, es halt selbst – mit einem Maximum an Beteiligung und Selbstverantwortung; im Vertrauen auf die eigene Erfahrung und die Erfahrung anderer.

Damit verwirklicht das Milizsystem eine Einsicht von Immanuel Kant. Sie lautet: Der Mensch ist aus krummem Holz geschnitzt. Dieses krumme Holz als Ausgangsstoff haben mit Rechtszertifikaten ausgestattete Mandarine oder Wirtschaftsführer mit den sogenannten einfachen Menschen gemein.

Stichwort krummes Holz: Wenn in Oxford alle paar Jahre einmal vier Zentimeter Schnee fallen und die Bewohner sich über vereiste Trottoirs beklagen, braucht das die Stadtpolitiker nicht um ihren Schlaf zu bringen. Denn die können sich dann auf einen Systemfehler berufen. Vor ein paar Jahren hiess es nach einem schneebedingten Verkehrschaos, der Zentralstaat habe zu wenig Splitt eingekauft; man habe deshalb aufs Splitten der vereisten Stadtteile verzichten müssen. Die Bestellung fürs nächste Jahr sei aber bereits bewilligt worden.

In Tat und Wahrheit gibt es in Städten wie Oxford Schneeräumung bestenfalls als Diskurs. Und wenn sich die Leute auf den vereisten Quartierstrassen ein Bein brechen: Dafür ist dann der staatliche Gesundheitsdienst zuständig. Mit dem John Radcliffe Hospital besitzt Oxford ein grosses Universitätsspital. Damit befinden wir uns, was das Flickeln von Frakturen betrifft, in einer denkbar günstigen Lage. Um seine Wiederwahl muss sich der Stadtpolitiker jedenfalls nicht sorgen. Das Einzige, was seinen Job gefährden könnte, sind Verwerfungen im weltanschaulichen Gefüge der Nation.

Dennoch ist es natürlich kein perfektes System – das Milizsystem. Aber eben eines, welches trotz seiner Mängel hochmodern ist. Modern ist es auch deshalb, weil es den Staat nicht als Fremdkörper, sondern als bürgerlich-demokratisches Unternehmen versteht. Nicht als ein Heiligtum, für dessen Überleben man beten sollte; aber auch nicht als Schuft, den man bei jeder sich bietenden Gelegenheit verteufelt.

Bei der Frage, ob wir uns das Milizsystem in unserer globalen Welt noch leisten können, kommt mir Winston Churchills Kommentar zur Demokratie in den Sinn: «Democracy is the worst form of government – except for all the rest.» Aber ich gebe es unumwunden zu: Schweizer sein ist anstrengend! Da habe ich es als Auslandschweizer mit britischem Pass natürlich viel einfacher.

Eine zweite Stärke des Milizsystems besteht in der **Betonung des Ortsprinzips**.

Damit meine ich einerseits Örtlichkeit im geografischen Sinne. Ich meine die Einsicht, dass menschliche Gesellschaften mehr mit Orten zu tun haben als mit geometrischen Räumen. Die meisten von uns verbringen ihr Leben ja – wenn sie ehrlich sind – nicht im Weltraum, sondern an bestimmten Orten: vom Weiler zur Gemeinde, von der Region zur Nation, von der Zeitungsredaktion zum Seminarraum, vom Frauenverein Bern zum Debattierclub Zürich-Hottingen.

Mit dem Ortsprinzip meine ich aber noch etwas Zweites: nämlich das Wissen und die Erfahrung von Menschen. Ortsbezogenheit bezieht sich hier auf das, was der Soziologe Karl Mannheim den Sitz im Leben genannt hat.

Die Bürger eines Landes unterscheiden sich auch in dieser Beziehung voneinander: Sie befinden sich in ungleichen Lebenslagen, üben verschiedene Rollen und Berufe aus, haben diverse Identitäten. Im funktionierenden Milizstaat werden diese Unterschiede zu den Aktiven geschlagen. **Man behandelt sie nicht bloss als statistisch signifikante Daten; man betrachtet sie als Wissensbestände.**

In dieser Gewichtung des Ortsprinzips äussert sich die stillschweigende Akzeptanz einer zentralen Einsicht. Sie lautet, dass es die Wirklichkeit als die eine und unteilbare Wahrheit nicht gibt – ausser im Himmel und im Gebet. Dort hat sie zweifellos ihre Berechtigung. Was es hingegen gibt, sind die an bestimmten Orten geformten Wirklichkeiten der Menschen.

Dieses Staatsverständnis manifestiert sich in der Schweiz bekanntlich auf mehreren Ebenen. Zum einen im Föderalismus und in der ausgeprägten Autonomie der Kantone und Gemeinden; wobei sich hier ja in den letzten Jahrzehnten offenbar sehr viel verändert hat. Ich lese davon in der Zeitung. Sie kennen es aus der Nähe.

Wenn es einen Bereich gibt, wo der doppelte Ortsbezug besonders deutlich in Erscheinung tritt, dann ist es das Schweizer Bürgerrecht. Die Juristen im Saal mögen mich hier korrigieren, aber meines Wissens leitet sich das Schweizer Bürgerrecht bis heute vom Gemeindebürgerrecht ab. Man wird als Ausländer nicht direkt, sondern sozusagen auf dem Umweg über das Gemeindebürgerrecht zum Schweizer gemacht. Die Gemeinden haben bei der Einbürgerung von Ausländern das letzte Wort. Eine vom Gemeindebürgerrecht losgelöste Staatsbürgerschaft gibt es in der Schweiz nicht. Das hat mich einmal zum Satz verleitet, die Schweizer Gemeinden seien die Gralshüter der Nation.

Haben wir es hier mit einem perfekten System zu tun? Keineswegs. Man kann der schweizerischen Einbürgerungspraxis eine gewisse Beliebigkeit nicht absprechen. Es macht nämlich einen Unterschied, ob sich Einbürgerungswillige in einer grösseren Stadt oder einer kleinen Gemeinde einbürgern. In vielen Städten fallen Einbürgerungen in den Kompetenzbereich von Exekutive und Verwaltung. In kleinen Gemeinden entscheidet dagegen die Gemeindeversammlung. Dadurch entsteht mitunter eine Ungleichbehandlung.

Die entscheidende Frage ist, ob diese Praxis der Integration von Menschen förderlicher ist als die Einbürgerung per Verwaltungsentscheid. Ich kann diese Frage nicht mit einem eindeutigen Ja oder Nein beantworten. Klar ist hingegen, dass diese Verschmelzung von Gemeinde- und nationalem Bürgerrecht die schweizerische Version von Bürgerlichkeit zum Ausdruck bringt. Bürgerlichkeit wird hier nie bloss rechtlich-abstrakt, sondern immer auch politisch-praktisch definiert. Weshalb das so ist? Weil sie dem doppelten Ortsprinzip gehorcht.

Eine dritte Stärke des Milizsystems besteht darin, **«Echo-Chambers» aufzubrechen** bzw. sie im Keim zu ersticken.

Manche von Ihnen sind Mitglied solcher Echokammern. Und seien wir ehrlich: Sind wir nicht alle furchtbar froh, wenn wir Menschen treffen, die unsere Meinungen weitgehend teilen; besonders dann, wenn sie uns auf wunderbare Weise erklären, weshalb wir immer schon recht hatten? Staatspolitisch gesehen sind die Echokammern jedoch ein grosses Problem. Dieses Problem gibt es schon lange. Das alle Lebensbereiche durchdringende Internet hat es aber verschärft.

Ich habe irgendwann beschlossen, dass mir für Facebook die Zeit fehlt; für Twitter sowieso. Manchmal stöbere ich immerhin ein paar Minuten lang in den Twitter-Accounts von Politikern. Denn die sind ja offen zugänglich. Ich meine nicht die Twitter-Kontos von Staatspolitikern. Die werden von Mitarbeitern geführt, sind also völlig uninteressant. Ich meine die Twitter-Accounts von ganz gewöhnlichen Parlamentariern diverser Parteien. Das beobachtbare Muster ist eindeutig: Man lobt und verschickt jene Beiträge, die die eigene Meinung widerspiegeln; die andern ignoriert man oder macht sich (im günstigsten Fall) über sie lustig; Ausnahmen bestätigen die Regel.

Dass sich einige universitäre Institute als Weltanschauungsvereine verstehen, daran hat man sich ja schon fast gewöhnt. Noch bedenklicher ist eigentlich nur, dass selbst führende Tageszeitungen bei Schlüsselthemen einen Tunnelblick kultivieren. Offenbar haben sich die medialen Echokammern mit dem Internet eher verfestigt. Einige halten sich einen Kolumnisten oder eine Kolumnistin mit abweichender Meinung. Denn zu viel Einheitsbrei steht im Widerspruch zur zelebrierten Weltoffenheit. Hier dient der deviante Kolumnist oft als Alibi. Die Alibi-Kolumnisten sind ein Phänomen unserer Echokammer-Epoche; kaum ihre Überwindung.

Echokammern sind ein Hohn auf das Prinzip der Zivilgesellschaft; denn sie verhindern das Entstehen von Fremdvertrauen. Markus Freitag erklärt uns diesen Begriff: Beim Nahbereichsvertrauen geht es um das Vertrauen in Freunde oder Mitglieder der eigenen Familie; beim Fremdvertrauen um das Vertrauen zwischen Bürgern unterschiedlicher Herkunft. Diese Unterschiede können sozial, kulturell, geografisch, national oder weltanschaulich bedingt sein.

Es liegt auf der Hand, dass es in einer staatlichen Gemeinschaft vor allem aufs Fremdvertrauen ankommt. Man darf davon ausgehen, dass man Freunden vertraut; auch den eigenen Familienmitgliedern vertraut man in der Regel. Beim Fremdvertrauen ist die Ausgangslage dagegen eine grundsätzlich andere: Fremdvertrauen ist keine Selbstverständlichkeit. Das wird uns heute, im Zeitalter globaler Migrationsströme, wieder vermehrt bewusst.

Ein lebendiges Milizsystem produziert reichlich Fremdvertrauen. Über das Vereinswesen, über die freiwillige Arbeit in der Gemeindepolitik und Verwaltung, über das duale Bildungssystem oder über die direkte Demokratie wird Vertrauen zwischen Fremden gestiftet.

Im Idealfall kommt es im Verein oder in der Gemeindeversammlung zu Kontakten, die zu Freundschaften führen. Aber nötig ist das nicht; denn beim Fremdvertrauen geht es nicht um inniges Vertrauen. Man muss sich nicht einmal besonders mögen. Fremdvertrauen hat mehr mit Erwartungssicherheit zu tun. Man glaubt zu wissen, was man voneinander erwarten darf. Die Vorteile dieser Art des Vertrauens gehen also weit übers Ökonomische hinaus.

Eine vierte Stärke des Milizsystems hängt eng mit der eingangs diskutierten Systemskepsis zusammen. Es geht um den Glauben an die **Alternativlosigkeit gesellschaftlichen Wandels**. Wer in einem Milizsystem sozialisiert wurde, hat Mühe mit diesem Glauben.

Das Denken in Kategorien der Alternativlosigkeit ist alt. Wir finden es im zirkulären Zeitbewusstsein des Altertums. Wir begegnen diesem Denken aber vor allem in den modernen Geschichtsphilosophien. Es hat die liberale wie die sozialistische Bewegung gleichermaßen geprägt. Gesellschaftliche Entwicklungen erscheinen in diesem Denken als zielgerichtet. Im Kern handelt es sich um Heilsversprechen im säkularen Gewand. Irgendwann wird sich die grosse historische Dialektik in den Klassenkämpfen der Industrienationen auflösen; dann wird die klassenlose Weltgesellschaft endlich Realität; das Ende der Geschichte wird dann Tatsache sein. So ungefähr lautet die marxistische Variante dieser Erzählung.

Die liberale Version finden Sie in Francis Fukuyamas Buch, *Das Ende der Geschichte*. Hier äussert sich ein messianischer Liberalismus. In seinen Versatzstücken – als geistiger Hintergrundsound – begegnen wir ihm in vielen renommierten Zeitungen. Ich vermute, auch im Leibblatt Ihres Vertrauens. Die Grundaussage ist fast immer dieselbe: Der Fortschrittszug fährt in eine bestimmte Richtung; man muss auf den Zug aufspringen; dazu gibt es keine Alternative; denn ein Schnellzug hält nur an den grossen Bahnhöfen, sonst wäre es ja ein Bummelzug. Wer nicht auf den Schnellzug aufspringen will, dem ist nicht zu helfen.

Politiker, die in Kategorien der Alternativlosigkeit denken und handeln, schreiben sich eine ungeheure Machtfülle zu. Denn wo es angeblich keine Alternativen gibt, ist jeder Widerstand zwecklos. Die Konstruktion von Alternativlosigkeit dient hier als ideologische Waffe. Wo sie in Stellung gebracht wurde, lässt sich jede Widerrede als Ausdruck populistischer Überreizung diffamieren.

Wer in Kategorien alternativlosen Fortschritts denkt, kann mit demokratischer Mitbestimmung nicht viel anfangen. Das ist keine Polemik. Das ist historisch gut belegt. In autoritären Staaten herrscht bekanntlich nicht das Volk, sondern eine Partei oder Clique.

Abschliessend stellt sich für mich vor allem eine Frage: Wie bringt man die Schweizer dazu, die Krise des Milizsystems ernst zu nehmen?

Vielleicht müsste man vermehrt betonen, dass die Schweiz doch eigentlich wirklich cool ist. Sie ist cool, weil sie ein revolutionäres Prinzip verkörpert. Einen Widerspruch gegen eine sich zunehmend verflachende und entpolitisierte Welt. In einer Zeit, in der Regierungen und Spitzenbeamte den Segen im institutionellen Transnationalismus suchen, tritt der Nonkonformismus made in Switzerland wieder stärker hervor. Das stört viele. Es stört zuweilen ungemein – und zwar, wie wir alle wissen, nicht nur in Brüssel.

Die Schweiz wirkt heute ähnlich subversiv wie 1848. Sie ist subversiv, weil hier die Bürger den Staat machen. Für jene, die immer schon im Voraus wissen, wohin die Reise geht, gehen muss, ist die Eidgenossenschaft ein Ärgernis. Ein durch und durch deviantes Land. Der Vorwurf des Rosinenpickens ist Ausdruck dieses Urteils.

Schuld an dieser Devianz haben natürlich nicht die braven Schweizer. Am allerwenigsten, wie eh und je, ihre umtriebigen Professoren, Schriftsteller und Wirtschaftsführer. Mögen die auch mit jedem neuen Tag etwas mehr stromlinienförmig werden: Das Land versagt sich dieser Aerodynamik. Es bleibt eine vielfach zerklüftete Landschaft. Ein Stein im Getriebe des global zirkulierenden Konformismus.

Die Bockbeinigkeit des Landes ist noch spürbar. Auch dank dem Milizsystem. Denn das Milizsystem lebt von der politischen Teilnahme. Es lebt vom Engagement. «Wer die Volksrechte beschneidet, der sägt am Ast der Zivilgesellschaft.» Der Satz stammt nicht von mir: Ich plädiere auf «nicht schuldig». Der Satz stammt vielmehr vom bereits mehrfach zitierten Michael Freitag.

Das Milizsystem politisiert die Menschen. Das ist an sich weder populistisch noch rückständig. Ich würde es eher liberal-demokratisch nennen. Historisch gesehen ist es ein Geschenk der demokratischen Bewegung. Damals, im späten 19. Jahrhundert, mutierte die Schweiz von einer formalen zu einer echten Republik. Das ist kein Mythos. Eher etwas, das man heute mancherorts vergessen möchte. Ich finde, man sollte es annehmen. Man sollte wieder vermehrt darüber nachdenken. Worüber? Über das republikanische Verständnis von Freiheit.

Nach dem Sonderbundkrieg war den meisten Zeitgenossen klar, dass die Schweiz nur als dezentral organisiertes Land eine Zukunft haben würde. Damals haben einige Politiker sich wohl nach einem höheren Beistand gesehnt. Ganz unabhängig vom Parteibüchlein haben sie sich danach gesehnt. Zuhause oder in der Kirche. Eher im Stillen als in den Spalten einer Zeitung oder vom Rednerpult herab.

Denn das Milizsystem hält für seine Bürger eine ständige Botschaft bereit. Sie lautet: Diese Art von Staatlichkeit gibt es genau so lange, wie ihr, die Bürgerinnen und Bürger, euch dazu bekennt. Sollte sich dieses Bekenntnis vor lauter Beten für die EU schon bald in Luft auflösen, dann ist es mit dem Bürgerstaat vorbei.

Zum Abschluss noch ein Zitat von Thomas Hürlimann. Er, der Schriftsteller, vermutet den Ursprung der demokratischen Praxis in der antiken Tragödie:

«Halten wir fest: Die Demokratie, die gemeinhin als eine Herrschaft der Mehrheit verstanden wird, hat ihren Ursprung im Einzelnen, im Individuum, im «mündigen Bürger». Auf ihn kommt es an. Er war's, der sich der berauschten Masse der tanzenden Böcke gegenüberstellte und das Wort ergriff. Teils mit dem Chor, teils gegen den Chor ging es um seine Sache, um die Götter, um Gesetze, um die Wahrheit, und stets ging es antagonistisch zu, das heisst, unversöhnliche Gegensätze wurden zur Sprache gebracht.»

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.